

Fremde Federn: Dieter Bingen

Die Zeit ist überfällig für eine Entscheidung

Ob einer bestimmten Entscheidung das Attribut „historisch“ zuzuschreiben ist, darüber lässt sich trefflich streiten. Unbestreitbar ist jedoch, dass der Bundestag in wenigen Tagen darüber debattieren und entscheiden soll, ob er die Zeit als reif sieht für eine empathische Geste gegenüber Polen und für ein herausragendes erinnerungspolitisches Signal in den deutsch-polnischen Beziehungen.

Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass im November 2017 der zivilgesellschaftliche Aufruf an den Deutschen Bundestag und die deutsche Öffentlichkeit vorgestellt wurde, der die Errichtung eines Denkmals in Berlin forderte, das an die Opfer der deutschen Gewalt Herrschaft in Polen 1939–1945 erinnern sollte. Eine Gewaltherrschaft, die das Ziel der Vernichtung von polnischer Kultur und Staatlichkeit ausdrücklich einschloss. Eine lebhaft öffentliche Debatte begann, in der sich die Geister an der Haupttrennlinie „Polen-Denkmal“ versus Gedenken „an alle“ Opfer der NS-Herrschaft in (Ost-)Europa schieden. Dabei war die bisweilen spürbare Verbissenheit und ausgesprochene Aversion gegen eine individuelle Würdigung des 1000-jährigen Nachbarn Polen verstörend, während die Befürworter eines Polen-Denkmal als die Dokumentation und das Gedenken an die deutschen Massenverbrechen im gesamten besetzten Europa als ein wichtiges Anliegen betrachteten.

Nun scheinen sich die Protagonisten der konkurrierenden Konzeptionen in Politik und Zivilgesellschaft zusammengekauft zu haben, und siehe da, herausgekommen ist nicht etwa ein „fauler“ Kompromiss, sondern ein Konzept, das die unabdingbare Empathie sichtbar macht, die dem Leid der Opfer gerecht werden kann. Dass zivilgesellschaftlicher Einsatz und Politik mit ihren spezifischen Rollen gemeinsam etwas schaffen können, bewies auf Seiten der Politik auch das Engagement der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe mit ihrem Vorsitzenden Sarrazin. Das Konzept nutzt das tatsächlich vorhandene Überzeugungspotential beider Gedenkkonzeptionen und schützt ausdrücklich deren Wesensmerkmale. Ergebnis: Es soll ein Dokumentationszentrum mit Gedenkfunktion für die NS-Besatzungspolitik in Europa geben und gesondert einen Gedenkort für das Nachbarland Polen, das erste Experimentierfeld für NS-Vernichtungspolitik im von der Wehrmacht besetzten Europa – einen Gedenkort, der die Geste der Verneinung vor den Opfern ermöglicht und mit historischer Bildung und deutsch-polnischer Begegnung verknüpft. Wobei schon Anfang Oktober, von der Öffentlichkeit und den Medien, auch den öffentlich-rechtlichen, weitgehend unbemerkt, das Dokumentationszentrum – tatsächlich eine Art deutsches Weltkriegsmuseum – vom Bundestag beschlossen wurde.

Es wäre der deutschen Volksvertretung würdig, bei dieser historischen Gelegenheit auch explizit zu einem Dialog mit den Gesellschaften der Länder Ost- und Südosteuropas aufzuzufahren. Wenn wirklich ein substantielles Bedürfnis nach vielfältigen, jeweils bilateralen Diskursen über Möglichkeiten eines würdigen Gedenkens und Lernens für Zukunftsgestaltung besteht, könnten Deutsche und Ukrainer, Deutsche und Belarussen, Deutsche und Russen, Deutsche und Griechen und andere in einen Dialog über Erinnerung und Zukunft eintreten. Die bilateralen Dialoge könnten dann zu länderspezifisch ganz unterschiedlichen Ideen und Projekten führen.

Wenn der Deutsche Bundestag in diesen Tagen über die Errichtung eines Gedenkortes für Polen und die Konzipierung eines Dokumentationszentrums für die deutsche Besatzungspolitik in Europa 1939–1945 entschieden haben wird, dann wird das in einem überschaubaren Zeitraum zur Errichtung eines Polen-Gedenk- und Begegnungsorts führen. Mein Plädoyer: Der vor drei Jahren vorgeschlagene, bislang weitgehend bedeutungsleere Askaniische Platz sollte im Rennen bleiben, da er nach kurzer Zeit schon zu einem neuen Erinnerungsort wurde. Bundestagspräsident Schäuble und seine polnische Amtskollegin Witek gedachten dort am 1. September 2019 des 80. Jahrestags

des deutschen Überfalls auf Polen. Am 81. Jahrestag fand dort auch wieder eine Gedenkstunde statt. In der unmittelbaren Nachbarschaft könnte auch – den entsprechenden politischen Willen vorausgesetzt – der Ort für historische Bildung und deutsch-polnische Begegnung gefunden werden.

Bei alledem kommt dem Faktor Zeit eine ganz eminente Bedeutung zu. Die letzten polnischen und deutschen Zeitzeugen verlassen uns. Der deutsch-polnische Diskurs über Schuld, Verantwortung, Verständigung, Versöhnung und Zukunft ist schon eine jahrzehntelange Erfahrung. Der steht vor einer neuen Bewährungsprobe. Deshalb darf nichts von einer überfälligen Geste gegenüber Polen kleinlich zerredet und in die Länge gezogen werden. Wie sagte Außenminister Maas am 1. August 2019 in Warschau vor einer Gruppe deutscher und polnischer Jugendlicher: „Das ist lange überfällig.“ Der Kairós des Jahres 2019 ist bereits verstrichen. Die politischen Akteure in Berlin sollten sich nicht leere Worte in einer entscheidenden Frage des deutsch-polnischen Verhältnisses vorwerfen lassen müssen. Gesten an allfälligen Gedenktagen dürfen nicht das letzte Wort sein. Wir Deutschen stehen uns gegenüber in der Pflicht und Polen gegenüber in der Verantwortung.

Der Autor ist ehemaliger Direktor des Deutschen Polen-Instituts.